



An die regionalen Medien

Büren an der Aare, 22. Februar 2007

Bericht über das 11. Bürener Stedtli-Gspräch vom 22. Februar 2007

SP Sektion Büren an der Aare

2 x JA: zur Einheitskrankenkasse und zur Police Bern

Im Rahmen der Diskussionsrunde „Bürener Stedtli-Gspräch“ war Regierungsrätin Barbara Egger bei der SP Büren an der Aare zu Gast und referierte über die Abstimmungsvorlagen vom 11. März 2007. Ein JA zur Einheitskrankenkasse vereinfache die Strukturen im Gesundheitswesen und bringe ein Prämiensystem, das sich an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit orientiert, ist Egger überzeugt. Mit besonderem Engagement vertrat Regierungsrätin Egger die Zusammenlegung der Polizeikorps im Kanton Bern zur Einheitspolizei „Police Bern“. Wer an ehrlichen Lösungen interessiert sei, sagt am 11. März 2007 2 x JA zu den Abstimmungsvorlagen. Daneben blieb am Bürener Stedtli Gspräch genügend Zeit, mit der Baudirektorin auch andere Themen aus der kantonalen Politik und vor allem über das Schicksal der Umfahrungsstrasse Büren zu diskutieren.

Die alljährlich steigenden Krankenkassen-Prämien brenne den Bürgerinnen und Bürgern unter den Nägeln wie kaum ein anderes Thema. Die Initiative für eine Einheitskrankenkasse, welche eine einfache, transparente und soziale Krankenversicherung vorschlägt, treffe daher einen neuralgischen Punkt. Die Profiteure des bestehenden Pseudo-Konkurrenzsystems in der obligatorischen Grundversicherung seien die Grossverdiener. Ist es denn gerecht, wenn Herr Vassella mit einem Jahreseinkommen von 20 Millionen Franken die gleiche Prämie bezahlen muss, wie ein Arbeiter mit einem Monatssalär von 4000 Franken, stellt Barbara Egger die entscheidende Frage in den Raum. Neben der Einheitskasse sei ihr deshalb wichtig, dass das Prinzip der unsozialen Kopfprämien über Bord geworfen werde. Im Übrigen werde mit der Abstimmung vom 11. März lediglich der Grundsatz in die Verfassung aufgenommen, alles andere müsse später vom Bundesrat und den eidgenössischen Räten noch beraten und in einem Gesetz verankert werden.

Bereits Mitte der 90-er Jahre verlangte eine Motion aus den Reihen der SP-Fraktion im Grossen Rat eine bernische Einheitspolizei. Die bürgerliche Ratsmehrheit hatte an dieser Idee damals aber keinen Gefallen und lehnte den Vorstoss ab. Nur fünf Jahre später wurde dann eine gleichlautende Motion aus der SVP/FDP mehrheitlich angenommen. Dieser Vorstoss bildet die Grundlage für die kantonale Abstimmungsvorlage vom 11. März, die Änderung des Polizeigesetzes. Ziel dieses Gesetzes ist es, die verschiedenen städtischen Polizeikorps in die Kantonspolizei zu integrieren und zu einer einzigen kantonalen Einheitspolizei, der Police Bern, zu verschmelzen. Damit lassen sich die polizeilichen Aufgaben effizienter erfüllen und die leidigen Kompetenzstreitereien zwischen Stadt- und Kantonspolizei würden ein Ende gesetzt, ist Regierungsrätin Egger überzeugt. Sie empfiehlt wie die SP ein Ja zu dieser Vorlage.

Von besonderem Interesse für die Anwesenden waren dann die Ausführungen zum Umfahrungsprojekt Büren. Der Entscheid der bürgerlichen Mehrheit im Grossen Rat, das Budget um 70 Millionen Franken zu kürzen, treffe die Baudirektion sehr stark. 23 Millionen Franken müssen im laufenden Jahr bei den Bauinvestitionen eingespart werden. Bei Budgets von 40 Millio-

nen Franken für Neubauprojekte im Strassenbau und 14 Millionen Franken beim Hochbauamt sei dies ein happiger Abstrich. Deshalb muss das Strassenbauprogramm vollständig überarbeitet werden. Die Umfahrung Büren sei vorerst nicht direkt betroffen, aber weil diverse Projekte vom 2007 in die folgenden Jahre verschoben werden müssen, würden auch Projekte, die im 2008 geplant waren, betroffen. Inwieweit auch das Bürener Projekt verschoben werden muss, sei noch ungewiss. Die Bugwelle an berechtigten Strassenbauvorhaben werde angesichts der Sparpolitik aber immer grösser. Es sei ihr Leid, der betroffenen Bevölkerung die Auswirkungen der bürgerlichen Finanzpolitik eröffnen zu müssen. Die Hauptverantwortung liege klar bei der Sparmotion, welche die SVP- und FDP-Fraktionen in der Novembersession gegen den Antrag der Regierung mit nur einer Stimme Mehrheit durchgestiirt hätten, meint Baudirektorin Barbara Egger. Sie sei aber überzeugt, dass es für kleinere Projekte wie die Umfahrung Büren eine befriedigende Lösung geben wird.

Die nächsten Veranstaltungen im Rahmen „Bürener Stedtli-Gspräch“:

31. Mai 2007 mit Regierungsrat Philippe Perrenoud

4. Oktober 2007, Stedtli-Gspräch zu den Nationalratswahlen

www.sp-bueren.ch